

„Gibt es überhaupt Handlungsbedarf?“

In der Wendlinger Sozialstation diskutierten am Freitag Personen unterschiedlicher Fachrichtungen über das Thema Sterbehilfe

WENDLINGEN (pm). Auf Einladung des Nürtinger SPD-Bundestagsabgeordneten Rainer Arnold diskutierten am vergangenen Freitag die Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Kerstin Griese, sowie Susanne Kränzle, Gesamtleitung Hospiz Esslingen, Dekan Michael Waldmann und Thorsten Lukaschewski, Vorsitzender der Ärzteschaft Nürtingen/Kirchheim, über das Thema Sterbehilfe, zu dem es im Bundestag ein Gesetzgebungsverfahren gibt. Moderiert wurde die Diskussion vom Kirchheimer Stadtrat Andreas Kenner.

Arnold verwies in seiner Begrüßung darauf, dass es beim Thema Sterbehilfe darum gehe, wie der Staat seine Verpflichtung, das Leben und die Würde des Menschen zu schützen, auch gegenüber Sterbenden und Sterbewilligen wahrnehmen könne. „Die Frage ist jedoch auch, ob es hier überhaupt einen Handlungsbedarf gibt“, so Arnold.

Ein Gesetzgebungsverfahren zur Sterbehilfe, das der Bundestag im Herbst vergangenen Jahres begonnen hat, stelle natürlich besondere Ansprüche, so der Bundestagsabgeordnete. Daher gälten für dieses Verfahren im Bundestag ganz eigene Regeln. Partei-, Koalitions- oder Oppositionszugehörigkeit stünden zurück. So entscheide jeder Abgeordnete frei, welchem der vier Gruppenanträge er folgen werde. Einer der Anträge spricht sich für die Möglichkeit eines ärztlich begleiteten Suizids aus, ein anderer will die bestehende Regelung, die aktive Sterbehilfe unter Strafe stellt, passive oder indirekte Sterbehilfe oder Beihilfe zum Suizid jedoch nicht bestraft, beibehalten. Eine weitere Gruppe betont die Straffreiheit der Beihilfe zum Suizid, will aber gewerbsmäßige Beihil-

fe zur Selbsttötung bestrafen. Die vierte Gruppe will ein Gesetz auf den Weg bringen, das Anstiftung und Beihilfe an einer Selbsttötung verbietet.

Kerstin Griese, die an einem der vier Gruppenanträge mitgeschrieben hat und diesen als Weg der Mitte bezeichnet, zeigte in ihrem Eingangsstatement die strittigen Fragen auf und stellte die Unterschiede der verschiedenen Entwürfe dar. Für sie komme es wesentlich darauf an, die Palliativ- und Hospizpflege auszubauen und den Menschen in akuten Lebenskrisen und verzweifelten Situationen zu helfen. „Ich möchte in einer sorgenden Gesellschaft leben, in der jeder Einzelne mehr wert ist als ein Pa-

tient, dem nur Tabletten gegeben werden und ich sehe die Selbsttötung eben nicht als guten Ausweg, sondern ich will, dass jeder Einzelne individuelle Unterstützung erfährt“, sagt sie.

Auch Susanne Kränzle, die nicht nur das Hospiz in Esslingen leitet, sondern zugleich auch zweite stellvertretende Vorsitzende des Hospiz- und Palliativverbandes Baden-Württemberg ist, stellte ebenfalls die Verantwortung der Gesellschaft heraus, den Menschen auch in Alter und Krankheit Wertschätzung erfahren zu lassen und eben keine Demütigung. In ihrer 20-jährigen Hospizerfahrung habe sie jedoch die Erfahrung gemacht, dass alle Schwerstkranken den

Wunsch hätten, ohne Schmerzen und nicht alleine zu sein, alle persönlichen Dinge noch zu regeln.

Thorsten Lukaschewski, Vorsitzender der Ärzteschaft Nürtingen/Kirchheim, stellte zehn eigene Standpunkte zur Debatte. Er erklärte beispielsweise, dass sich dreimal mehr Männer als Frauen das Leben nähmen, und im Alter zwischen 75 und 85 eine massive Zunahme an Selbsttötungen zu verzeichnen sei. Von den 10 000 Menschen, die sich jedes Jahr umbrächten, wiesen lediglich zwei Prozent keine psychischen oder körperlichen Erkrankungen auf, was bedeute, dass ein Großteil einer Behandlung bedürfe. Weiter betonte er, dass derzeit eine gute und liberale Rechtssituation herrsche und warnte davor, durch ein neues Gesetz mehr Grauzonen zu schaffen.

Michael Waldmann, Dekan des Evangelischen Kirchenbezirks Nürtingen, war es wichtig, zu betonen, dass das Leben kostbar sei, etwas Heiliges und Unverfügbares. Es werde uns gegeben und es werde uns genommen. „Das menschliche Leben zu schützen, bedarf somit keiner Rechtfertigung“. Als Seelsorger bereite ihm Sorgen, dass die Menschen sich mehr als Gestalter denn als Empfänger sehen würden. Der Mensch müsse neu lernen, dass der Tod und das Leiden zum Leben dazugehörten. Auch er warb dafür, die Mittel für Suizidprävention durch den Ausbau der Palliativversorgung, ambulant und stationär, zu verstärken.

MdB Rainer Arnold bedankte sich bei den Gästen und Podiumsteilnehmern und betonte, dass sich die Politik diese Entscheidung nicht leicht mache. Es sei ihm wichtig, sich mit Betroffenen und Experten auch im Wahlkreis auszutauschen.



Die Diskussionsteilnehmer: Susanne Kränzle, Thorsten Lukaschewski, Kerstin Griese, Rainer Arnold, Dekan Michael Waldmann und Moderator Andreas Kenner (von links). pm